

# Stettiner Zeitung.

N 486

Abendblatt. Freitag, den 16. Oktober

1868.

## Deutschland.

Berlin, 15. Oktober. In den hiesigen Blättern wird wiederholt mitgetheilt, es sei ernstlich davon die Rede, dem Grafen Goltz in Paris einen Nachfolger zu geben, und wird als solcher neben dem Hrn. v. Werther in Wien auch der Graf Brassier de St. Simon in Konstantinopel bezeichnet. Wir können wiederholen, daß bis jetzt in maßgebenden Kreisen nicht daran gedacht worden ist, die Frage über einen Nachfolger für den Grafen Goltz anzuregen. Das Bestinden des Grafen Goltz ist nicht der Art, daß hierzu eine Veranlassung vorhanden wäre. — Ein Pariser Korrespondent der „Itale“ wiederholt das Gerücht, daß zwar nicht ein Vertrag wegen Eintritt Badens in den den norddeutschen Bund, aber eine Militärkonvention zwischen Preußen und Baden abgeschlossen worden sei, welche dem Könige Wilhelm das Oberkommando über das badische Armeekorps und das Recht, die badischen Truppen zu verlegen, übertrage. Wir können wiederholt versichern, daß eine solche Konvention nicht existirt. So wohl das Oberkommando als das Recht, Truppen zu dislociren, ist König Wilhelm für den Kriegsfall schon durch das mit Baden abgeschlossene Schutz- und Truhbindnis übertragen und ist daher gar keine Veranlassung zum Abschluß einer solchen Militärkonvention vorhanden, da Beides in Friedenszeiten wenig Bedeutung hat. — In Folge des offenen Sendschreibens des Papstes vom 13. Septbr., welches eine Ansprache an alle Protestanten, also auch an die Mitglieder unserer Landeskirche enthält, hat der evangelische Oberkirchenrat in einem Cirkularschreiben an die Konsistorien gerichtet, wodurch dieselben aufgefordert werden, die Geistlichen ihrer Verwaltungskreise anzumessen, am nächsten oder an einem der kommenden Sonntage den Inhalt des Cirkularschreibens wörtlich oder im entsprechenden Summe von der Kanzel wieder zu geben. Das Schriftstück drückt Freude darüber aus, daß die päpstliche Ansprache neben ungerechten Beschuldigungen in manchen ihrer Worte Achtung und Wohlwollen gegen die Protestanten in beweglicher Sprache kundgibt. Aber darin, daß das Haupt der katholischen Kirche zugleich die Aufforderung an die Protestanten richtet, von ihrem kirchlichen Bekennnis abzufallen, wird ein unberechtigter Uebergriß in unsre Kirche erblieb und dieselbe mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Einer Mahnung an die Mitglieder unserer Kirche, sagt der Erlaß des evangelischen Oberkirchenraths weiter, dieser Stimme nicht zu folgen, werde es nun zwar nicht bedürfen, wohl aber gezieme es sich gegenüber diesen Ansprüchen um so mehr der vielen Evangelischen, die inmitten einer römisch-katholischen Umgebung manchen Versuchungen zur Untreue preisgegeben seien, zu gedenken und die Mittel zu beschaffen, um ihnen die evangelische Schule und Seelsorge zu bringen, wie dies der Zweck der in den nächsten Tagen und Wochen abzuhalten Kollektien für die dringendsten Notstände unserer Kirche und für die Gustav-Adolph-Stiftung sei. — Soweit Zeitungen und periodische Schriften von Postanstalten des norddeutschen Postgebiets bei nieverländischen Postanstalten oder umgekehrt im Wege des Abonnements bezogen werden, sollen dafür den bestellenden Postanstalten keine höhere Preise in Rechnung gestellt werden, als die, welche sich aus der Zusammensetzung des Einkaufspreises und der für die abonnierten Zeitungen im intimen Verkehr Anwendung findenden Gebühren ergeben. — Wie es heißt, wird die vom Dr. Jacobi herausgegebene „Zukunft“ mit Ende dieses Quartals, möglicherweise sogar noch im Laufe dieses Quartals aus Mangel an Abonnenten zu erscheinen aufhören. Daß derartige Blätter im Volke keinen Boden finden, davon hat auch schon das selige Ende der gleichfalls von Herrn Dr. Jacobi protegierten „Neuen Königsbl. Ztg.“ den Beweis gegeben, anderer kleinerer derartiger Blätter nicht zu gedenken. — Durch eine Verfügung des Ministers des Innern war schon früher bestimmt worden, daß die Kosten für die Stellvertretung erkrankter Kreisbeamten von den Bezirksregierungen und nicht mehr von dem Ministerium anzuweisen seien. Durch eine neuere Verfügung ist jetzt auch angeordnet worden, daß auch die Umlaufs- und Reisekosten bei Versetzung von Beamten der landräthlichen Behörden ohne vorhergegangene Genehmigung des Ministeriums von den Bezirksregierungen zu zahlen seien. Es tritt dadurch eine dankenswerthe Verminderung des Schreibwesens ein. — Mit Rücksicht auf die Fortschritte des Turnunterrichts ist unter Titel: „Neuer Leitfaden für den Turnunterricht“ in den preußischen Volksschulen“ in der Besser'schen Buchhandlung hierselbst ein Schriftchen erschienen. Durch eine Cirkularverfügung des Kultusministers sind die Regierungen angewiesen worden, die Einrichtung des Turnunterrichts nach diesem neuen Leitfaden in den Elementarschulen schleunigst anzuordnen.

Berlin, 16. Oktober. Se. Maj. der König trifft, wie wir an gut unterrichteter Stelle erfahren, wenn die Abreise in der Begleitung des Kronprinzen erfolgt, schon am 20. von Baden-Baden hier ein, im

anderen Falle findet die Rückkehr erst Tags darauf statt. — Am 14. Abends wohnte der König mit den badischen Herrschaften, welche Mittags von der Mainau in Baden-Baden eingetroffen waren, der Aufführung der Oper „Die Hugenotten“ bei, in welcher Fräulein Orgeni die Rolle der Valentine sang.

Neudzburg, 15. Oktober. In der heutigen Sitzung des Provinzial-Landtages wurde der Antrag Wiggers auf Offenlichkeit der Verhandlungen einstimmig angenommen.

Hamburg, 15. Oktober. Der neue österreichische Gesandte bei den Hansestädten, Graf Thun, ist hier eingetroffen. Derselbe überbrachte dem österreichischen Generalkonsul, Ritter Westenhofz, den Orden der eisernen Krone 2. Klasse.

Dresden, 11. Oktober. Heute ist erst gegen Abend an den Straßenecken eine polizeiliche Aufforderung angeschlagen, welche von ferneren Zusammenrottungen abmahnt, und darauf hinweist, daß Vorlehrungen zur Aufrechthaltung der Ruhe getroffen seien. Veranlaßt ist dieselbe dadurch, daß auch am heutigen Abend vielfach Gruppen von Arbeitern auf der Straße zusammen stehen blieben, ohne daß dieselben jedoch einen unruhigen Eindruck machten. — Die „Constitutionelle Zeitung“ tadelte es, daß man gestern mit energischem Einschreiten so lange gezögert hat.

Da auch am heutigen Abend sich die tumultuierenden Zusammenläufe wiederholten, so wurden die bedrohten Punkte militärisch besetzt. Nachdem der Polizeidirektor vergebens zum Auseinandergehen aufgefordert hatte, sprengten Reiterpatrouillen, diesmal mit gezogenem Säbel, die Zusammenrottungen. Die meist aus Neugierigen bestehenden Gruppen vermindern sich und die Ruhe kehrt zurück.

## Ausland.

Wien, 15. Oktober. Die „Abendpost“ demonstriert die Mitteilung mehrerer Blätter, der österreichische Gesandte in Berlin habe preußische oder russische Agitationen in Böhmen und Galizien zum Gegenstande eines speziellen Berichts gemacht, so wie die Angabe, daß in neuerer Zeit zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter in Wien Besprechungen bezüglich der norddeutschwürtigen Frage stattgefunden hätten.

Triest, 15. Oktober. Nachrichten, welche mit der Ueberlandpost eingegangen sind, melden: Calcutta, 21. August. Die Russen sollen die Stadt Carschi in Taran besetzt haben. — Hongkong, 4. Septbr. Nach Berichten aus Japan haben die nördlichen Provinzen des Reiches einen neuen Mikado gewählt.

Paris, 13. Oktober. In Folge einer sehr gereizten Polemik, welche sich zwischen dem „Estand“ und der legitimistischen „Gazette de France“ entponten hat, entnimmt ersterer dem italienischen Journal „Italia“ folgende selbst mysteriöse Geschichte der spanischen Bourbons, in Bezug auf welche er so boshaft ist, die „Gazette de France“ um Aufschluß zu bitten: „Im Mai 1845 entfachte Don Carlos seinen Nechten zu Gunsten seines Sohnes Don Carlos Louis Ferdinand de Bourbon, welcher den Titel Graf Montemolin annahm. Unsere Mitbürger erinnern sich dieses Prätendenten noch, der nach einem ersten unglücklichen Aufstandsversuche in Spanien eine Schwester Ferdinand's II. heirathete, um die Race nicht zu verschlechtern. Die Allianz war von reinem Blute, die Neapolitaner wissen das. Don Carlos Louis Ferdinand, nachdem er sich mit dem General-Captain der Balearen, Ortega, verständigt hatte, erschien mit 300 Mann an der Mündung des Ebro. Er ging bei Tortosa ans Land und ließ sich als König von Spanien unter dem Namen Karl VI. ausruhen. Man kennt den Ausgang dieser Expedition. Ortega ward ergriffen und erschossen; Montemolin und sein Bruder Don Ferdinand Maria wurden nach Tortosa zurückgebracht, und man begann, ihren Prozeß zu instruieren. Als diese Bourbons ihr Leben bedroht sahen, unterhandelten sie mit der Regierung, die sie hätten sterben wollen. Karl VI., König eines Tages, und sein Bruder entzogen allen Rechten auf den spanischen Thron und schworen, nichts mehr gegen Isabella zu unternehmen. Zwei Monate waren kaum verstrichen, als Graf Montemolin, auf ausländischem Boden angelangt, in einem neuen Manfeste erklärte, daß seine Erklärung von Tortosa ihm gewaltsam abgedrungen, mit hin null und nichtig sei. Er zog sich nach Triest zurück, und eines schönen Tages starb er im Schlosse Berry mit seinem Bruder und seiner Frau im Monat Januar 1861. Der Tod der drei Bourbonen an demselben Tage, fast zur selben Stunde, war er das Werk des Gifftes? Man sagt es und wir glauben es. So bleibt nun Don Juan übrig, der dritte Sohn des Don Carlos. Er heirathete eine Tochter des Herzogs von Modena und ließ keine Gelegenheit vorübergehen, seine Rechte zu reklamiren. Er lebte in London getrennt von seiner Frau. Das ist Don Juan Maria, Vater des jetzigen Prätendenten, Karl's VII., Herzogs von Madrid.“

Die „Opinion Nationale“ berichtet, daß Oberst Charette von der päpstlichen Regierung in ge-

heimer Mission nach Paris und London geschickt worden sei. Man versichert, daß seine Reise nur die Armutfrage betrifft.

Paris, 15. Oktober. Der „Gaulois“ drückt einen Brief des Generals Prim ab, worin derselbe es als unwahr bezeichnet, daß er nach Fontainebleau gegangen sei, um eine Audienz zu erbitten, und daß er seitens der preußischen Regierung 600,000 Thlr. empfangen habe. Prim erklärt in dem Briefe, daß Spanien sich mit seinen eigenen Mitteln und mit dem Blute seiner Söhne befreit habe. — Ein Madrider Korrespondent des „Gaulois“ behauptet, ein englisches Haus habe der spanischen Regierung angeboten, eine Anleihe von 500 Millionen Francs zu 5 Cpt. Zinsen zu vermitteln.

Paris, 15. Oktober. „Patrie“ bestätigt die Nachrichten, betreffend die Armereduction und fügt hinzu, daß sich in diesem Augenblick nur 354,000 Mann unter den Waffen befinden. Das genannte Blatt glaubt annehmen zu können, daß dies Maßregeln des Kriegsministeriums in vollster Übereinstimmung mit der von der Regierung des Kaisers verfolgten Politik sind. — „Patrie“ meldet ferner, daß dem Vernehmen nach, die französische Regierung wegen der neuerdings wieder verzögerten Zahlung der tunesischen Schuld sich zu besonderen Vorstellungen veranlaßt gesehen habe.

Venedia, 15. Oktober. Die englische Regierung hat dem Gouverneur von Helgoland die nötigen Vollmachten ertheilt, den schon seit mehreren Jahren unauglich gewordenen Kabel zwischen Helgoland und Cuxhaven wieder in Stand setzen zu lassen. Die benötiglichen Arbeiten sollen schon im nächsten Frühjahr, vor dem Anfang der Helgoländer Saison, begonnen werden.

Florenz, 15. Oktober. „Opinione“ bestätigt, daß Prinz Napoleon am 13. d. in Turin eingetroffen ist und eine längere Konferenz mit dem Könige gehabt habe.

Madrid, 15. Oktober. In nächster Zeit wird ein Dekret erscheinen, welches für die Kolonien die Weise der Wahl zu der verfassungsgebenden Volksvertretung näher bestimmt. So lange die Sklaverei noch fortduert, sollen Neger nicht stimmberechtigt sein. Die Vertreter der Kolonien sollen mit Vollmachten versehen werden, um die beste Methode zur Abschaffung der Sklaverei vorzuschlagen. — Die amtliche „Gaceta de Madrid“ enthält einen Erlaß des Ministers des Innern und der öffentlichen Wohlfahrt, wodurch der Elementar-Unterricht freigegeben wird. — Eine Verfügung Serranos ernennt eine Kommission von 10 Mitgliedern befußt Verwaltung der Krongüter und des Kronvermögens. — In der Marine und der Armee haben viele neue Ernennungen stattgefunden und das ganze Personal des Ministeriums des Innern ist gewechselt worden.

Kopenhagen, 15. Oktober. Im Reichstag gelangte heute die Adresse, welche dem Könige als Erwiderung auf die Thronrede überreicht werden soll, zur Verhandlung. Die Adresse spricht zunächst die Freude des Reichstages über die Verlobung des Kronprinzen mit der Prinzessin Louise von Schweden aus und sieht darin einen Beweis, daß auch die Fürsten beider Länder damit einverstanden sind, daß die Völker Dänemarks und Schwedens in Einigkeit zusammenstehen. Die Adresse gedenkt ferner mit freudiger Theilnahme der Geburt des Prinzen von Griechenland. Im weiteren Verlaufe spricht die Adresse das tiefe Bedauern des Reichstages darüber aus, daß die konfidenziellen Verhandlungen zwischen Dänemark und Preußen über die durch den fünften Artikel des Prager Friedens vereinigte freie Abstimmung in Nordschleswig bisher resultlos geblieben sind. Die Thronrede des Königs liefere den Beweis, daß zwischen König und Volk in dieser die Wohlfahrt Dänemarks betreffenden Angelegenheit volle Einigkeit herrsche. Der Reichstag hofft, daß ein Abkommen möglich sein wird, welches die Bevölkerung befriedigt, ohne künftige Schwierigkeiten einem Staate gegenüber zu bereiten, mit welchen das Land sich in aufrichtiger Freundschaft zu sehen wünsche. Eine Pflicht der Gegenwart sei es, einen kräftigen finanziellen Zustand herzustellen. Das Volk dürfe vor keinem Opfer zu diesem Zwecke zurückweichen. Der Reichstag ist überzeugt, daß alle jetzigen Opfer dem Volke zukünftig Nutzen bringen werden, und das Volk sehe mutig der Zukunft entgegen.

Petersburg, 13. Oktober. Das Tagesgespräch seit gestern in der hiesigen Gesellschaft bildet die Verlobung eines Mitgliedes der Kaiserlichen Familie mit einem Hofräublein. Der Verlobte ist der Prinz Eugen von Leuchtenberg, Neffe des Kaisers, zweiter Sohn der Großfürstin Marie (nicht zu verwechseln mit dem älteren Bruder Nikolaus von Leuchtenberg, der in Italien weilt und dessen etwas abenteuerliche Reise ins Ausland seiner Zeit hier erzählt wurde); die Braut ist Fr. Apatchinia, Ehrenräublein der Thronfolgerin, deren Belantheit der Prinz im Laufe dieses Sommers in Peterhof gezeigt; eine Cousine der Braut ist an den Fürsten Belosersky, Sohn der Fürstin Helene Kotchou-

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Pausen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

bey, verehelicht. Die Einwilligung der Frau Großfürstin Marie, Mutter des Brautverbers, sowie auch des Kaisers ist bereits ertheilt; an Ihre Majestät die Kaiserin hat man ebenfalls telegraphiert und da ihre Zustimmung zweifellos ist, so haben schon vorgestern die Großfürsten dem Fräulein Apatchinia ihre Besuche gemacht.

Die deutsche „St. Petersburger Zeitung“ hat eine amtliche Verwarnung erhalten, weil sie über die Zeitereignisse Bemerkungen gemacht, welche „alle politische Schicklichkeit überschreiten“, ferner weil sie „fortwährend die Lage der Dinge in Russland in einem ungünstigen Lichte darzustellen sucht“, und endlich, weil sie „eine Tendenz hat, die sich mit einem in Russland erscheinenden Blatte durchaus nicht verträgt“. Das verwarnte Blatt hat nur Anstoß geben können durch die Gewerbe, mit welcher es den maßlosen Lügen der „Moskauer Zeitung“ gegen die Ostseeprovinzen entgegentreten ist.

Warschau, 11. Oktober. Das reformierte Gymnasium in Sluck in Litauen, in welchem der Unterricht bisher polnisch ertheilt wurde, ist nun mehr ebenso wie die katholischen höheren Lehranstalten in den litauischen Gouvernementen vollständig russifizirt worden. Selbst für den Religionsunterricht ist die russische Sprache als Lehrsprache eingeführt, obwohl den Schülern diese Sprache fremd und wenig verständlich ist.

Konstantinopel, 11. Oktober. Der türkische Kronprinz Murad, welcher der Theilnahme an der Verschwörung gegen seinen Onkel und Souverän beschuldigt wird, gehört allerdings seit einiger Zeit zur Opposition. Nicht allein ist er ganz europäisch erzogen und deshalb reformfreudlicher, als der Sultan, der sich bei allen seinen guten Absichten zu keiner Änderung des Verwaltungsorganismus zu entschließen vermugt, sondern er opponirt auch natürlicherweise dem bei Hofe herrschenden Plan, das ihn seiner Ansprüche berauben würde. Schon als der Sultan nach Europa reiste, war er seines Neffen so wenig sicher, daß er ihn in einer Art honorable captivit , wie man damals in Konstantinopel sagte. Unmittelbar nach der Rückkehr wurden einige Anhänger der liberalen Jeune Turcie verhaftet; andere, darunter Sia Bey, der Freund Murads, flohen, rechtzeitig gewarnt, nach Paris. Jetzt spielt nun das Stück zum zweiten Male. Wieder Verhaftungen und freiwillige Exilirungen. Wie weit Murad beteiligt ist, weiß man nicht. Möglicherweise ist seine Mitschuld nur ein Verdacht, zumal, soweit man äußerlich sehen konnte, der egyptische Mustapha Paschal und andere vornehme Liberale in der letzten Zeit sich der Regierung eher zu nähern, als ihr zu opponiren gesucht hatten. Sei dem wie ihm wolle, Murad's Aussichten sind durch die ganze Affaire schwerlich besser geworden. Seine Feinde werden nun um so eifriger seinen Onkel zur Entfernung des legitimen Nachfolgers zu bewegen suchen.

## Pommern.

Stettin, 16. Oktober. Die Zahl der in der Stadt und den Vorstädten mit Wasserleitung versehenen Häuser ist seit dem 1. Januar d. J. von 586 auf 752 gestiegen, worunter sich 10 Gebäude befinden, welche ihren Bedarf nach dem Wassermesser empfangen. Der Zugang hat pro 1868 in der Wirklichkeit zwar 170 Gebäude betragen, es sind aber durch den Brand auf der Oberwiel 3 und durch Stellung unter gerichtliche Administration 1 Gebäude wieder in Abgang gekommen, so daß rechnungsmäßig nur ein Zugang von 166 Gebäuden verblieben ist.

Nachdem die Vorschrift der älteren Militär-Ersatz-Instruktion über die Einstellung unsicherer Heerespflichtigen in die Arbeiter-Abtheilungen durch die Militär-Ersatz-Instruktion für den norddeutschen Bund aufgehoben worden ist, sind die auf Grund der erst erwähnten Vorschrift in den Arbeiter-Abtheilungen befindlichen Mannschaften, Allerböchster Anordnung gemäß, aus denselben entlassen worden.

Über die Kompetenz zur Ausstandsbewilligung für Studirende ist eine Ministerial-Entscheidung ergangen. Der Grundfaß, daß die zum einjährigen Dienste berechtigten Militärpflichtigen während des gewöhnlichen Ausstandes bis zum 23. Lebensjahre von den Ersatzbehörden ihres „Domizil-Dörtes“ auch in dem Falle zu kontrolliren sind, wenn sie sich als Studenten u. s. w. an einem anderen Orte aufzuhalten und daselbst gestellungs-pflichtig sein würden, ist auch in der neuen Ersatz-Instruktion aufrecht erhalten. Hieraus und aus dem Umstande, daß es sich bei den Anträgen auf Bewilligung eines Ausstandes für Personen der eben bezeichneten Kategorie über das 23. Jahr hinaus meist um die Beurtheilung von Fragen handelt, welche nur von den Ersatzbehörden des Domizils zu übersehen sind, ist die Nothwendigkeit zu folgern, daß die Entscheidung den Ersatzbehörden dritter Instanz des Domizil-Dörtes vorbehalten bleibe, und man hat nicht beabsichtigt, diesen letzteren die Ersatzbehörden dritter Instanz des Dörtes der Lehranstalt zu substituiren.

